
Multiple Krisen lasten auf Konjunkturaussichten für 2023

10.01.23 | Berlin

Multiple Krisen lasten auf Konjunkturaussichten für 2023

„Tesla-Effekt“ sorgt für Wachstumsschub in Brandenburg. Amsinck: Ausbildungsabgabe wäre schwere Belastung für Standort Berlin

Die Unternehmen in Berlin und Brandenburg erwarten im neuen Jahr unter dem Strich kaum Wirtschaftswachstum in der Hauptstadtregion. Die multiplen Krisen als Folge von Krieg und hoher Inflation sorgten für Skepsis und massive Unsicherheit in den meisten Branchen.

„Die ersten Monate im neuen Jahr dürften ausgesprochen schwierig werden. Im zweiten Halbjahr ist es dann durchaus möglich, in den grünen Bereich zurückzukehren.“ Das sagte Christian Amsinck, der Hauptgeschäftsführer der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB), am Mittwoch bei einem Pressegespräch der Spitzenorganisation.

Das Bild in den einzelnen Branchen sei aktuell sehr heterogen. In der Industrie seien neben den anhaltenden Lieferschwierigkeiten die stagnierenden Auftragseingänge eine Belastung. Auch die Bauwirtschaft melde stark zurückgehende Bestellungen. Dagegen hätten der Einzelhandel, die Dienstleistungsbranchen und insbesondere der Tourismus zuletzt besser abgeschnitten als erwartet. „Die unsichere Lage, die hohe Inflation und die fragile weltwirtschaftliche Lage führen aber vielerorts

zu Zurückhaltung bei Konsum und Investitionen.“

Brandenburg könnte die Hauptstadt beim Wachstum überholen

Berlin wird sich wie in den vergangenen Jahren etwas besser als der Bund entwickeln, 2023 aber kaum über eine Stagnation hinauskommen, erwarten die Unternehmensverbände. Brandenburg könne die Hauptstadt beim Wachstum überflügeln. „Der Tesla-Effekt sorgt für einen steilen Anstieg der Wertschöpfung. Das Unternehmen selbst sowie viele neue Zulieferer bringen eine bislang nicht gekannte Dynamik in die Mark“, analysierte Amsinck. Hinzu komme das wieder anziehende Geschäft beim Flughafen BER. „Wenn nichts Unvorhergesehenes passiert, halten wir ein Plus von 0,5 Prozent beim Bruttoinlandsprodukt in Brandenburg durchaus für realistisch.“

Als Lichtblick bezeichnete Amsinck den Arbeitsmarkt. Trotz der weitgehenden Stagnation werde die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in beiden Ländern weiter zunehmen, wenn auch nicht mehr so stark wie 2022. „Angesichts der Demografie bauen die Firmen selbst in schwierigen Zeiten kaum noch Stellen ab. Der allgegenwärtige Mangel an Arbeits- und Fachkräften ist zu einem ihrer größten Probleme geworden.“

Bis zu 230 Millionen Euro für die Ausbildungsplatz-Abgabe

Mit Blick auf die anstehende Wahl zum Abgeordnetenhaus warnte Amsinck den Berliner Senat vor der [Einführung einer Ausbildungsplatz-Abgabe](#). „Die Abgabe würde die vielen Firmen bestrafen, die gerne ausbilden würden, aber trotz intensiver Suche keine Bewerber finden.“ Außerdem würde sie eine gewaltige Umverteilungs-Maschine mit einem Volumen von bis zu 230 Millionen Euro in Gang setzen.

Denn auch die Betriebe, die ausbilden, sollen gezwungen werden, die Abgabe zu entrichten. Obendrein werde sie der Start-up-Wirtschaft schaden, die in der Regel vor allem Akademiker einsetze. „Dabei wird durch diese Abgabe kein einziger zusätzlicher Ausbildungsplatz entstehen, im Gegenteil“, prognostizierte der Hauptgeschäftsführer. „Dieses Vorhaben nützt niemandem. Zugleich wäre eine Bürokratie mit dauerhaft rund 200 Beschäftigten nötig, um die Abgabe zu erheben.“

UVB verlangt Fokus auf „Starke Wirtschaft – starke Stadt

Mit Blick auf die Abgeordnetenhaus-Wahl warb Amsinck für eine Politik, die die Unternehmen unterstütze. [„Starke Wirtschaft – starke Stadt: Das muss das Credo der nächsten Koalition sein.“](#) Nur wenn die Unternehmen gut durch die Krise kommen, bleibt auch Berlin handlungsfähig.“ Er erneuerte die Forderung nach einem Belastungsmoratorium für die Betriebe und für bessere Standortbedingungen. Als „Irreführung der Berlinerinnen und Berliner“ bezeichnete er das Vorhaben, die Hauptstadt bis 2030 klimaneutral machen zu wollen. „Das Ziel des Volksentscheids ist nicht realistisch und nicht finanzierbar. Wir müssen den Klimaschutz vorantreiben, dürfen aber nicht Wohlstand und Arbeitsplätze aufs Spiel setzen.“

Disclaimer

Die Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB) sind die Stimme der Wirtschaft in der Hauptstadtregion. Wir stehen für 60 Mitgliedsverbände aus allen wichtigen Branchen, von der Autoindustrie bis zur Startup-Branche. Als Landesvereinigung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und Landesvertretung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) setzen wir uns für die Belange der regionalen Wirtschaft auf Bundesebene ein. Unser ordnungspolitisches Leitbild ist die Soziale Marktwirtschaft mit einem funktionierenden Wettbewerb. Für uns sind unternehmerische Freiheit, ökonomische Leistungsfähigkeit und Verantwortung für das Gemeinwohl untrennbar miteinander verbunden.

- [Auf Xing teilen](#)
- [Auf Facebook teilen](#)
- [Auf X teilen](#)
- [Auf LinkedIn teilen](#)

- [Drucken](#)
- [Als PDF speichern](#)

Download

Krisen prägen 2023

Unwägbarkeiten prägen die Prognose - und ein Lichtblick für Brandenburg.

[Charts zur Pressekonferenz \(949 KB\)](#)

Pressekontakt

Abteilungsleiter Presse und Kommunikation, Pressesprecher

Carsten

Brönstrup

Telefon:
+49 30 31005-114

Telefax:
+49 30 31005-166

E-Mail:
Broenstrup [at] uvb-online.de

[Download VCF](#)